

Übersichten

August 1998

Innenpolitik

1 Chinesische Politik im Krisenmodus: Die Zentrale demonstriert ihre Autorität und greift auf alte politische Mittel zurück

Unter dem Druck äußerer und innerer Krisen – der schweren Wirtschaftskrise in Ostasien sowie der Jahrhundertflut am Yangzi – mehrten sich im Juli und August die Anzeichen, daß die politische Führung Chinas auf alte sozialistische Kontrollinstrumente zurückgreift, um die Folgen der Krisen einzudämmen. Die Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Strukturereformen hingegen geriet zusehends ins Stocken.

Die Jahrhundertflut am Yangzi führte in Südchina zur größten Mobilisierung von militärischen und zivilen Einsatzkräften seit den maoistischen Kampagnen der fünfziger und sechziger Jahre. Die Bekämpfung der Fluten folgte ganz den Mechanismen und der Symbolik der Massenbewegungen der Mao-Ära: Aufopferungsvolle Volksmassen stemmten sich der Bedrohung durch die Natur entgegen, selbstlose sozialistische Helden – meist Soldaten der Volksbefreiungsarmee – setzten ihr Leben für das Wohl des Volkes ein, nimmermüde Parteikader und Armeeeoffiziere organisierten den

Kampf mit den Fluten, die Parteizentrale lenkte von Beijing aus – und mit wohlinszenierten Visiten an einzelnen Katastrophenorten – das Geschehen.

Die gigantische Mobilisierung und der „Sieg“ über die Fluten wurde in manchen offiziellen Medien als Beleg für die Überlegenheit des Sozialismus in Zeiten existentieller Bedrohungen interpretiert. Die Kommunistische Partei sah ihr „Himmlisches Mandat“ durch die Flutkontrolle, die seit den Frühzeiten der chinesischen Geschichte zu den wichtigsten Legitimationsgrundlagen der Herrscher gehört, bestätigt.

Mit dem Kampf gegen die Auswirkungen der ostasiatischen Wirtschaftskrise und der Flutkatastrophe ging eine Zentralisierung der politischen, militärischen und administrativen Aktivitäten einher, wie sie im China der Reformperiode nur in kurzen Ausnahmeperioden (etwa 1989) zu beobachten war. Die chinesische Politik schwenkte auf einen Krisenmodus ein, der durch eine hochgradige Zentralisierung politischer Autorität und durch Disziplinierungsversuche auf allen Ebenen gekennzeichnet ist.

Diese Disziplinierungsbemühungen zeigten sich im Juli und August 1998 in politischen Kampagnen der Zentrale, die sich unter anderem richteten:

- gegen das Absinken der Wachstumsrate unter die von der Zentrale verordneten 8% (den regionalen politischen Führungen wurden hohe Wachstumsziffern vorgegeben, die meist nur durch unkontrollierte Ausweitung staatlicher Investitionen und Kredite oder durch statistische Manipulationen einzuhalten sein werden);
- gegen die voluminösen, für Außenhandel und Binnenmarkt schädlichen Schmuggelaktivitäten, die zum Teil von Einheiten der Volksbefreiungsarmee und anderer Sicherheitskräfte mitbetrieben werden;
- gegen den Devisen-Schwarzmarkt und den illegalen Kapitaltransfer ins Ausland, die im Kontext der ostasiatischen Finanzkrise eine Bedrohung für

die Stabilität der chinesischen Währung darstellen;

- gegen voreilige Liberalisierungs- und Öffnungsschritte gegenüber den internationalen Finanzmärkten;
- gegen die Vernachlässigung der Dammbauten durch die lokalen Führungen in den von den Fluten heimgesuchten Provinzen;
- gegen die Forstwirtschaft in den Oberlauf-Provinzen des Yangzi, deren ungebremste Abholzungspraxis für die Flutkatastrophe mitverantwortlich gemacht wird (die Zentralregierung verordnete mehreren Provinzen die sofortige Einstellung sämtlicher Rodungsarbeiten, was zur Entlassung Hunderttausender Arbeiter gerade in ärmeren Regionen führen muß);
- gegen Korruptionerscheinungen in allen Hoheitsorganen des chinesischen Staates und für eine Kampagne zur ideologischen und organisatorischen „Ausrichtung“ (*zhengfeng*) aller politisch-administrativen Führungsorgane. (*Guangjiaojing*, Hongkong, 1998/8, S.6-8)

Angesichts der derzeitigen Wiederkehr des sozialistischen Kampagnenstils mit seiner orthodoxen Rhetorik sind Strukturreformen, die seit dem XV. Parteitag im Herbst 1997 angekündigt worden waren, ins Stocken geraten: Die Restrukturierung des Staatssektors kommt bestenfalls schleppend voran; der Verkauf kleiner und mittlerer Staatsunternehmen an private Investoren ist seit Juli von der Zentralregierung gebremst worden; die Banken sollen auf Regierungsweisung wieder bevorzugt Kredite an defizitäre staatliche Betriebe vergeben; die geplante Kommerzialisierung der Wohnungswirtschaft, die Reform des Gesundheitssystems und die verbesserte Förderung des Privatsektors kommen nicht voran; die zwischenzeitlichen Anzeichen für eine größere Reformbereitschaft im Bereich des politischen Systems haben sich weitgehend verflüchtigt.

Der im Sommer 1998 beobachtbare Krisenmodus der chinesischen Politik ist keine günstige Ausgangsbasis für eine Fortsetzung der Struktur-

reformen, die für den Übergang zu einer regelgeleiteten Marktwirtschaft und für den Aufbau einer verantwortlichen Regierung unabdingbar sind. Erst wenn sich die chinesische Führung sicherer sein kann, daß die derzeitigen inneren und äußeren Krisenerscheinungen keine existentielle Bedrohung für die politische Ordnung darstellen, wird sie den Krisenmodus wieder verlassen und sich den anstehenden Reformaufgaben zuwenden können.

Aus heutiger Sicht erweist es sich als schwerwiegendes politisches Versäumnis der chinesischen Führung, daß die relativ günstigen inneren und äußeren Bedingungen der Jahre 1992 bis 1997 nicht konsequenter für die Durchsetzung schmerzhafter Strukturereformen genutzt worden sind. -hei-

2 Die Position der Kommunistischen Partei in restrukturierten Staatsunternehmen wankt

Die Restrukturierungsmaßnahmen im Staatssektor (Umwandlung von Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften, branchen- und regionenübergreifende Unternehmensfusionen, Einbeziehung nichtstaatlicher Investoren, gemischte Eigentumsformen, Verkauf kleiner Staatsunternehmen mittels Auktionen, Konkurse etc.) ziehen weitreichende politische Konsequenzen für die Stellung der Kommunistischen Partei in der chinesischen Wirtschaft nach sich. Darauf weist ein Zirkular der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh von Anfang August hin, dessen Inhalt teilweise in der *Volkszeitung* veröffentlicht wurde (RMRB, 10.8.1998).

Die Organisationsabteilung stellt in diesem Zirkular fest, daß der Aufbau moderner Unternehmensstrukturen für die Parteiorganisationen in den Unternehmen eine tiefgreifende Herausforderung darstellt: Die Neuorganisation der innerbetrieblichen Partei-Basisorganisationen und Parteikomitees hält oft nicht Schritt (*genbushang*) mit der Restrukturierung der Unternehmen; in den Führungsstrukturen von Parteiorganisationen und Betriebsleitungen entstehen Unklarheiten; die Verantwortung der Parteiorganisationen für entlassene Arbeiter und Angestellte wird oft vernachlässigt.

Deshalb muß, so das Zirkular, die Reorganisation der Partei-Basiseinheiten

gleichzeitig mit der Restrukturierung der Betriebe vollzogen werden, wobei die Regeln des Parteistatuts zu beachten und die Zustimmung der übergeordneten Ebene in der Parteihierarchie einzuholen ist. In Großunternehmen muß auch unter den Bedingungen umfassender Restrukturierungsmaßnahmen die Funktionstüchtigkeit der Parteiorganisation sichergestellt werden. In Konkursfällen muß die Parteiorganisation bis zur abschließenden rechtlichen Auflösung des Unternehmens ihre politischen Aufgaben erfüllen; notfalls soll mit Billigung übergeordneter Ebenen eine provisorische Parteiorganisation für die Zeit des Konkursverfahrens gegründet werden. Die Betreuung freigesetzter Arbeitskräfte (*xiaogang zhigong*) im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen muß von den innerbetrieblichen Parteiorganisationen als Kernaufgabe erkannt werden. Von Freisetzung betroffenen Parteimitglieder bleiben solange der betrieblichen Parteiorganisation zugeordnet, bis sie eine neue Arbeit gefunden haben.

Das Zirkular macht deutlich, daß die funktional und territorial aufgegliederte Hierarchie der Kommunistischen Partei mit einem dynamischen Unternehmenssystem, das administrative, branchenbezogene und regionale Schranken übersteigen muß, nicht vereinbar ist. Der Zugriff der Partei auf die Staatsunternehmen wird mit dem Fortschreiten der Restrukturierungsmaßnahmen voraussichtlich stark geschwächt werden. Damit könnte die bislang wichtigste ökonomische Säule der Herrschaft der Kommunistischen Partei in China wegbrechen. -hei-

3 Die Wohnsitzregistrierung in den Städten wird partiell gelockert

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) hat in einem Dokument mehrere Schritte zur Lockerung der städtischen Wohnsitzregistrierung (*Hukou*-System) für bestimmte ländliche Migranten angekündigt. Die Maßnahmen sollen von den lokalen Behörden in den nächsten Monaten – mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort – umgesetzt werden. Die neuen Richtlinien fanden die Zustimmung der Partei- und Staatsführung und wurden Ende August als offizielles Dokument des Staatsrates landesweit verbreitet. (RMRB, 28.8.1998)

Gelockert werden insbesondere die Vorschriften, die bisher eine gemeinsa-

me städtische Wohnsitzregistrierung von Eheleuten und Kindern mit unterschiedlichem – also einerseits städtischem, andererseits ländlichem – Wohnsitz verhinderten. Auch soll das Engagement ländlicher Investoren in der städtischen Wirtschaft künftig durch die bevorzugte Gewährung eines städtischen Wohnsitzes für die Familie des Investors belohnt werden; hier wollen die Polizeibehörden allerdings zunächst die Erkenntnisse aus einer Reihe von lokalen Experimenten mit einer liberalen Wohnsitzregelung für solche Investoren abwarten.

Das MfÖS weist ausdrücklich darauf hin, daß insbesondere in den überbevölkerten Metropolen wie etwa in Beijing oder Shanghai weiterhin eine strikte Begrenzung des Zuzugs aufrechterhalten werden muß und daß der Entwicklung kleiner und mittlerer Städte der Vorzug gegeben wird. Das Ministerium kündigte an, daß in naher Zukunft weitere Richtlinien zur Reform des Systems der Wohnsitzregistrierung folgen werden.

Die begrenzte Liberalisierung des aus den fünfziger Jahren stammenden *Hukou*-Systems ist in vielen Städten bereits in den letzten Jahren von dem wachsenden Zuwanderungsdruck erzwungen worden, ging jedoch mangels verbindlicher politischer Vorgaben aus Beijing vielerorts mit Behördenwillkür und Polizeikorruption einher. Aus dieser Sicht sind die neuen Richtlinien des MfÖS ein Fortschritt in der Reform des starren Meldesystems und in der administrativen Regulierung der zunehmenden räumlichen Mobilität in der chinesischen Gesellschaft. -hei-

4 Neue Unruhen in Xinjiang – 19 terroristische Stützpunkte

In der „Autonomen Region“ Xinjiang ist es im Juli und August in den grenznahen Städten Kashgar und Yining offenbar erneut zu Terrorakten gekommen, die sich gegen die chinesische Herrschaft richteten. Vertreter der regionalen Sicherheitsbehörden bestätigten zwar, daß es zu Gewaltakten und zu kleineren Bombenattentaten separatistischer Kräfte gekommen sei, machten aber keine Angaben über den genauen Ablauf der Ereignisse. In Hongkonger Meldungen war darüber berichtet worden, daß in Kashgar (nahe der Grenze zu Kirgistan und Tadschikistan) acht Polizisten bei einem Angriff muslimischer Untergrundgruppen auf ein Waffen- und Munitionsdepot umgekommen seien. Sprecher der Xinjian-

ger Sicherheitsbehörden dementierten diese Meldungen. (SCMP, 14.8.1998; *Ming Pao*, Hongkong, 16.8.1998, nach SWB, 19.8.1998)

Der Parteisekretär Xinjiangs, Wang Lequan, räumte in einem Interview ein, daß separatistische Kräfte in Xinjiang 19 kleine Stützpunkte mit bis zu 20 Kämpfern unterhielten, auf denen in Afghanistan ausgebildete Spezialisten muslimische Jugendliche in der Ausführung von Terrorakten unterrichteten. Die Ausbildungsstützpunkte erhielten die Unterstützung internationaler islamistischer Kräfte, die afghanischen Taliban-Milizen spielten hierbei eine Schlüsselrolle. Jedoch hätten die Sicherheitskräfte in den letzten Monaten erfolgreiche Schläge gegen terroristische Gruppierungen und gegen die Stützpunkte geführt. Ein Mitglied der Regierung Xinjiangs hatte im Mai angegeben, daß seit dem letzten Jahr knapp einhundert Personen wegen terroristischer Aktivitäten verhaftet und verurteilt worden seien. (SCMP, 2.9.1998; *Xinjiang Ribao*, 2.8.1998, nach SWB, 21.8.1998)

Wie ernst die chinesischen Behörden die prekäre Sicherheitslage in Teilen Xinjiangs nehmen, wurde auch verdeutlicht durch die viertägigen Konsultationen einer hochrangigen Delegation der kasachischen Grenztruppen mit der Führung der Sicherheitskräfte Xinjiangs. In den Gesprächen wurde eine verstärkte Kooperation in der Bekämpfung „religiöser Extremisten, Terroristen und Krimineller“ vereinbart, die in illegalen Waffentransport, Schmuggel und Drogenhandel verwickelt seien.

Der Leiter der kasachischen Delegation, ein Generalmajor der Grenztruppen, machte deutlich, daß die Unterdrückung „religiöser Fanatiker“ und sonstiger Krimineller im Interesse der Stabilität nicht nur in Xinjiang, sondern auch in Kasachstan liege. (Xinjiang Volksradio, 21.8.1998, nach SWB, 24.8.1998) Die chinesische Regierung setzt mit diesen Kontakten ihre seit Jahren verfolgte Strategie fort, die auf eine grenzenübergreifende Kooperation in der Bekämpfung islamistischer Strömungen in Zentralasien gerichtet ist. -hei-

5 Chen Xitong zu 16 Jahren Haft verurteilt – Berufung abgelehnt

Das Obere Volksgericht der Stadt Beijing verurteilte am 31. Juli Chen Xitong, ehemals Stadtparteisekretär Beijings und Mitglied des KP-Polit-

büros, zu einer Freiheitsstrafe von 16 Jahren wegen Korruption und Amtsmißbrauchs. Das Oberste Volksgericht lehnte am 20. August das Berufungsbegehren Chens ab und bestätigte das Urteil des Oberen Volksgerichts. (RMRB, 1.8. bzw. 21.8.1998) Das Gerichtsverfahren war aus Gründen des Schutzes von „Staatsgeheimnissen“ unter strenger Geheimhaltung abgehalten worden. Nur das Urteil wurde in öffentlicher Sitzung verkündet.

Die Affäre um Chen Xitong, die Anfang 1995 mit der Absetzung des Spitzenkaders begonnen hatte (siehe ausführlich die Übersichten in *China aktuell*, 1995/4, S.268-269 sowie 1997/9, S.839), fand mit diesem Urteil nun ihren Abschluß. Die Parteiführung um Jiang Zemin versuchte mit der gerichtlichen Verurteilung ihre Entschlossenheit in der Korruptionsbekämpfung zu demonstrieren und entledigte sich zugleich einer unbequemen Persönlichkeit im Machtzentrum.

Chen Xitong wird als Kopf eines Korruptionsringes in der Beijinger Stadtführung angesehen, dem zwischen 1987 und 1995 mehr als 40 Funktionäre und Funktionärskinder angehört haben sollen. Mehrere der Verdächtigten sind schon in den Vorjahren zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. -hei-

6 Protestkundgebungen vor der indonesischen Botschaft in Beijing

Mitte August kam es vor der indonesischen Botschaft in Beijing zu mehreren Protesten gegen die Mißhandlung chinesischstämmiger Indonesier während der Unruhen in Jakarta im Mai dieses Jahres. Die Kundgebungen waren von den Organisatoren zwar offiziell beantragt, von den zuständigen Behörden jedoch nicht genehmigt worden. Die Aktionen folgten dem Muster von Protesten, die bereits in Hongkong, Taibei und anderen südostasiatischen Ländern während der letzten Monate abgehalten worden waren (siehe *China aktuell*, 1998/7, S.689).

Am 10. August zogen mehr als 200 Demonstranten vor die indonesische Botschaft; drei der Organisatoren des Protestmarsches übergaben eine Protestnote an den Gesandten, in der der mangelnde Schutz der in Indonesien lebenden Auslandschinesen vor Gewalttaten scharf kritisiert wurde. Die Morde und Vergewaltigungen vom Mai wurden in dem Schreiben mit den Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden verglichen. Die Polizei be-

schränkte sich darauf, die Kundgebung zu beobachten und mit Videokameras zu dokumentieren.

Bereits Anfang August waren auf dem Campus mehrerer Beijinger Universitäten Wandzeitungen ausgehängt worden, auf denen Vertreter verschiedener Studentenvereinigungen die Vorfälle in Jakarta und die Passivität der indonesischen Regierung massiv kritisierten. Zeitweise versammelten sich mehrere hundert Studenten, um über mögliche Protestkundgebungen vor der indonesischen Botschaft zu diskutieren. Auch wurde der chinesischen Regierung vorgeworfen, sich nicht deutlich genug für die Interessen der in Indonesien lebenden Auslandschinesen eingesetzt zu haben. Das chinesische Außenministerium hatte erst mit wochenlanger Verzögerung offiziell Stellung zu den antichinesischen Ausschreitungen in Indonesien bezogen und die indonesische Regierung dazu aufgefordert, die Gewalttäter streng zu bestrafen.

Am 17. August zogen nochmals rund einhundert Studenten trotz eines Demonstrationsverbots vor die indonesische Botschaft, wurden von einem starken Polizeiaufgebot jedoch am Betreten des Botschaftsgeländes gehindert. Nach Verhandlungen mit der Einsatzleitung wurden vier Studentenvertreter in die Botschaft eingelassen. Die Studenten forderten eine Bestrafung der Gewalttäter von Jakarta und eine Abschaffung der indonesischen Gesetze, die die chinesische Minderheit diskriminierten. Die Polizei untersagte den Studenten, kritische Spruchbänder hochzuhalten, und hinderte ausländische Reporter daran, mit den Demonstranten Kontakt aufzunehmen. Es kam nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder zu Festnahmen. (SCMP, 11./13./18.8.1998; *The Economist*, 22.8.1998, S.45) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

7 Zehn Jahre „Fackelplan“ zur Vermarktung von High-Tech-Produkten

Vor zehn Jahren, im August 1988, verabschiedete die chinesische Regierung